

# Preis-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstricher, Tüncher und Weißbinder

Mr. 30

Das Jahr erinnert viele Szenen.  
Kriegsmonat ist mit 1,50 pro Stunde  
beladen, das Lohnes: Gehalt 25,  
Gehaltlohn-Stunde). Preise: 5; 6246.

Anzeigen kosten die aufgehaltene Fläche  
pro Zeile oder deren Drittel 50 Pf. (der  
Betrag ist nach vorher eingehenden).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

32. Jahrg.

Hamburg, den 27. Juli 1918

## Das Jahrbuch unseres Verbandes für 1917.

Der langandauernde Kriegszustand hat unsern Verband vorstand nicht davon abgehalten, auch für 1917 ein Jahrbuch herauszugeben, nahezu in gleichem Umfang wie seither. Das deutet von dem fast ungestörten Fortgang und der Vielseitigkeit unserer gewerbsmäßigen Tätigkeit innerhalb der normalen Verhältnisse der Kriegswirtschaft. Andernfalls wäre sicher schon aus verschiedenen naheliegenden Gründen von der Herausgabe einer umfangreichen Druckschrift abgesehen worden. Diese wäre mindestens überflüssig gewesen, wenn es sich lediglich um den Nachweis handelte, daß der Vorstand und die übrigen Verbandsvertreter auch im letzten Jahre ihre Pflicht erfüllten; denn dafür liegen jetzt die Tatsachen für jeden, der Verständnis für die Schwierigkeiten hat, die sich in unserer Gesellschaftsordnung schon in normalen Zeiten dem praktischen Wirken zum Nutzen der minderbemittelten Volksstufen entgegenstellen, allzu klar gutage. Unser Jahrbuch soll in erster Linie eine Sammlung all des Materials sein, das zur Beurteilung des Standes unserer allgemeinen wirtschaftlichen, beruflichen und organisatorischen Verhältnisse nötig ist; es soll ferner über unsere Verbandsaktivität so eingehend berichten, daß sich später, bei rückblickender Betrachtung, über die gegenwärtige Situation und über unsere Tätigkeit während des Krieges an der Hand einwandfreier und vielfach dokumentarischer Nachweissungen ein genaues Urteil bilben läßt.

Auch im diesmaligen Jahrbuch wird zunächst in einer allgemeinen Einleitung ein kurzer Überblick der herrschenden wirtschaftlichen und sozialen Zustände, wie sie der Krieg hergerufen hat, gegeben. Dann wird in knappen Umrissen hergehoben, was unsere Gewerkschaften meist zusammen mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei getan haben, um Regierung, Parlamente und Verwaltungsbehörden zu überlassen, der Not des Volkes zu heuern und dem Recht der Arbeiterschaft auf Gleichberechtigung und auf Wiederherstellung des schier unerträglichen Notstandes, besonders auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, des Gesundheitsschutzes unter vielen andern Rechnung zu tragen. Es wird ferner des unausgesetzten Kampfes unserer Gewerkschaften um die erforderlichen Leuerungszulagen, um eine möglichst ausreichende staatliche Versorgung der Kriegsteilnehmer, einschließlich der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen im Kriege Verstorbener, gedacht. Auch unsere Bestrebungen um die Herbeiführung eines baldigen Friedens und der Widerstand der Organisationen in den Entente-Ländern gegen dieses Bemühen, unsere sozialistischen Ideale praktisch anzuwenden, werden hergehoben. Daneben wird angedeutet, was getan wurde, um unsern Gewerbe und unsern Berufsangehörigen bei der Überwindung der bestehenden höchst ungünstigen Verhältnisse dienstbar zu sein und eine bessere Zukunft vorzubereiten. Nachdem dann noch die Differenzen in der sozialdemokratischen Partei flüchtig gestreift sind und festgestellt wird, daß die Gewerkschaften auch gegen die Feinde der innerpolitischen Neugestaltung Deutschlands energisch anzukämpfen und für die rechtliche und soziale Gleichstellung des Volkes einzustehen als ihre Pflicht erachteten, heißt es zum Schluß der einleitenden Betrachtung: „Unsere Kollegen aber an den Fronten und in den Kasernen, mit denen wir durch die regelmäßige Darstellung von mehr als 10 000 unseres „Vereins-Anzeiger“ und vielfach durch persönliche Korrespondenz in engster Verbindung stehen, wünschen wir, daß sie recht bald zurückkehren, damit sie wieder mit früher gewohnter Tatkraft an unserer Seite für eine bessere Zukunft wirken können. Und zugleich gesinnen wir all derer, die bei ihrer kriegerischen Tätigkeit ihr Leben lassen müssen, mit Dankbarkeit und Hochachtung. Aber auch den Kollegen, die im Innern des Landes ihre Pflicht erfüllten und ihre Kräfte für die Erhaltung unseres

Verbandes einsetzen, sei hierdurch besondere Anerkennung gezollt.“

Das erste Kapitel des Jahrbuches behandelt die Wirtschaftslage und den Arbeitsmarkt im Jahre 1917. Unsere nun schon seit 1916 veranstalteten monatlichen Umfragen über den Umfang der Arbeitslosigkeit in unserem Berufe machen es möglich, neben der Darstellung der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes die Verhältnisse des Malergewerbes eingehender zu beleuchten, als seither; es konnten mehrere sehr interessante Zusammenstellungen mit wertvollem Vergleichsmaterial neu aufgenommen werden.

Dann folgen wiederum allgemeine Betrachtungen über die wirtschaftliche und berufliche Lage des Malergewerbes. Hier wird zurückgegriffen auf die schon im Jahrbuche für 1916 gemachten Feststellungen, die die Grundlage bildeten für die im November desselben Jahres stattgefundenen Beratungen mit der Arbeitgeberorganisation über die Hebung unseres Gewerbes und die dafür festgelegten Richtlinien. Hierbei wird der Tätigkeit der Bezugsvereinigung, vorläufig für Leim, und der Bestrebungen unserer Arbeitgeber für umfangreichere Betätigung durch Einflussgenossenschaften und für die Neufestsetzung der Preise für ihre Arbeiten Erwähnung getan. Hier anschließend werden die Versuche unseres Verbandsvorstandes geschildert, die angeregte Gemeinschaftsarbeit auf Grund der schon erwähnten Richtlinien praktisch in Fluss zu bringen. Ein sehr interessanter Beitrag dafür, wie hier von bestimmter Seite planmäßig entgegengearbeitet wurde, bietet ein zum Abdruck gelangtes Titular des Vorstandes des Landesverbandes Nordbahrens vom 24. Februar 1917, durch das dieser seine Ortsgruppen anweist, dem gemeinschaftlichen Bemühen um eine Besserung unserer beruflichen Verhältnisse eine glatte Abfage zu erteilen und diese durch einen vorgeschriebenen Protest dem Gaubevorstand des Arbeitgeberverbandes in München zuzuführen. Man witterte nämlich hier, ganz wie gewisse Schriftstellerkreise, die Gefahr, die Arbeiter könnten in Dinge hineinreden wollen, die nur Sache der Arbeitgeber seien oder bei der Gelegenheit auch ihnen Vorteil wahren und die Arbeitgeber ihrer Selbständigkeit berauben.

In weiteren Kapiteln werden dann behandelt die Bemühungen um die Erhöhung der Entschädigung für Behörde, gegen den Mangel an Rohstoffen, unter anderem durch eine gemeinschaftliche Eingabe und darauf erfolgte Unterhandlung bei dem damals noch im Amt befindlichen Reichskommissar für Übergangswirtschaft. Hierauf folgt eine kurze Darstellung der Tätigkeit unseres Vorstandes und danach unserer Filialverwaltungen, um den Kollegen durch ihre Einreichung unter die Schwerpunkt- beziehungsweise Schwerarbeiter eine bessere Ernährung zu sichern. Sehr umfangreich waren die Bestrebungen für den Gesundheitsschutz der Arbeiter, besonders in Flugzeug- und Werkbetrieben, bei der Verarbeitung vor allem benzolhaltiger Anstrichmassen. Was da zusammenfassend mitgeteilt wird, sollte allgemeine Beachtung finden, nicht nur bei unseren Kollegen, sondern auch in den Kreisen von Sozialpolitikern und der Arbeitgeber. Die erwähnte Tätigkeit ist auch im laufenden Jahre unausgesetzt weiter betrieben worden, worüber im nächsten Jahrbuch berichtet werden wird.

Ein weiterer Abschnitt behandelt die Bestrebungen der Verbände aller Baugewerbe zur Vorbereitung und Regelung der Übergangswirtschaft durch Wiedergabe der wichtigsten Teile einer Eingabe hierüber an das Reichswirtschaftsamt und an das preußische Kriegsministerium. Hierauf folgt die Darstellung unserer Beziehungen zu den in unserer Internationale zusammengeschlossenen Bruderverbänden; in der jüngsten Zeit der Völkererhebung ein bestimmt sehr interessantes Blatt, das in dem demnächst erscheinenden Internationalen Bericht der Gewer-

schaften des Malergewerbes für 1917 noch eingehend bearbeitet wird.

Über die Lohn- und Tarifbewegungen wird durch längere Ausführungen und zahlreiche Tabellen berichtet. Da wir hierüber in der nächsten Nummer des „Vereins-Anzeiger“ einen besonderen Artikel bringen werden, können wir hier von weiteren Erörterungen absieben. Der Abschnitt umfaßt 88 Seiten und enthält unter andern eine fürlich hergestellte Tabelle über die Zahl der Tarifabschlüsse und deren besondere Art von 1908 bis 1917, ferner eine 16 Seiten umfassende Tabelle von 467 in der gleichen Zeit bestandenen Tarifen unter Angabe der darin enthalten gewesenen beziehungsweise noch geltenden Arbeitszeiten, Tarifmindestlöhnen und Leuerungszulagen. Diese umfangreiche Zusammenstellung ist ein wichtiges Dokument unserer Tarifbewegung, geeignet für historische Betrachtungen. Sie wird von nun an alljährlich ergänzt werden.

In einem weiteren Abschnitt werben wiederum Stand und Tätigkeit der Arbeitgeberverbände im Malergewerbe und der übrigen Gehaltsorganisationen, soweit darüber Unterlagen zu beschaffen waren, kurz registriert.

Einen besonderen Teil des Jahrbuches füllt der Bericht über die Organisation und Verwaltung des Verbandes aus. Hier wird berichtet über die Tätigkeit der Hauptverwaltung, der Bezirke und der Filialen. Dann wird die Tätigkeit des Beirates und der Redaktion des „Vereins-Anzeiger“ hervorgehoben und so unter Ausschaltung aller unwesentlichen Einzelheiten ein allerdings nur flüchtiger Einblick in das vielseitige Wirken dieser Verbandsinstanzen gegeben.

Ausführlich werden dann der Mitgliederstand und die Kassenverhältnisse unseres Verbandes beleuchtet. Wie schon stets, und zwar nicht nur in Aufschwungsperioden, werden hier auch jetzt in der Zeit des Rückgangs und des Stillstandes Mitgliederbewegung und Ein- und Ausgaben sowie die Vermögensverhältnisse des Verbandes bis in alle Details auch jenen nachgewiesen, die vielleicht unlauteren Gebrauch von diesem Freimut machen könnten, der bei andern Organisationen nicht anzutreffen ist. Doch diese etwaigen Folgen nehmen wir gern in Kauf. Ein objektives Studium des von uns beigebrachten Materials — das ebenfalls durch eine ganze Anzahl Zusammenstellungen von Vergleichsziffern aus den Jahren 1907 bis 1917 erweitert worden ist — erweist, daß der jetzige Stand unserer Mitglieder- und Kassenverhältnisse lediglich auf die Wirkungen des Kriegszustandes zurückzuführen und wenn uns auch nicht befriedigend, so doch ein normaler ist und daß alle Voraussetzungen für einen erneuten Aufstieg nach Friedensschluß gegeben sind. — Wir berichteten bereits in Nr. 20 des „Vereins-Anzeiger“ über den Kassenabschluß und den Mitgliederstand unseres Verbandes. Deshalb können wir an dieser Stelle weitere Darlegungen unterlassen.

Das Schlussekapitel des Jahrbuches bildet wiederum die Berichte unserer Bezirksleiter. Diese orientieren auf 28 Seiten ebenfalls über eine rege und vielseitige Tätigkeit, die um so höher anzuschlagen ist, als die meisten dieser Kollegen jetzt in den Filialen, in denen sie ihren Wohnsitz haben, an Stelle der eingezogenen Filialangestellten eine umfangreiche Wirksamkeit entfalten.

Wir zweifeln nicht, daß auch dieses Jahrbuch, in dem nach einunddreißigmonatiger, gerade auf unserem Gewerbe schwer lastender Kriegszeit über die Tätigkeit unserer Organisation trotz aller Kürze von einer umfassenden Tätigkeit berichtet werden kann, unsfern an der Verwaltung des Verbandes beteiligten Mitstreiter und all denen, die nicht nur zahlende, sondern auch geistig regsame Mitglieder sind, wertvolle Aufschlüsse und Anregungen geben wird. Aber auch darüber hinaus, in den Kreisen von Sozialpolitikern, objektiv urteilenden Arbeitgebern und der Arbeiterbewegung mit Verständnis gegenüberstehenden Behörden wird es wiederum Beachtung finden.

## Eine erneute Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften.

Neber die Lohnbewegung auf den Werften im Jahre 1917 berichteten wir eingehend in Nr. 26 des "Vereins-Anzeiger" und zeigten, welche Zugeständnisse von den Werkbesitzern am 10. August bezüglichesweise im Oktober 1917 den Vertretern der beteiligten Gewerkschaften gemacht worden waren. Danach wurde die dritte Runde einer von betragenden Teuerungszulage am 1. April 1918 ausgezahlt.

Nachdem dieser Termin vorüber war, leiteten auf Veranlassung der auf den Werften beschäftigten Arbeiter die in Betracht kommenden Gewerkschaftsvorstände eine neue Bewegung ein. Am 21. April beriet eine Werksarbeiterkonferenz über die einzureichenden Forderungen, die dann unverzüglich der Organisation der Werkbesitzer übermittelt wurden. Diese versuchte zunächst, die gewünschten Verhandlungen als verfrüht hinzustellen. Auf entschiedenes Verlangen von Beratungen fanden diese dann am 20. und 21. Juni statt, und zwar, wie schon erstmalig im Vorjahr, mit den Vertretern der Werften und ihrer Organisation und den Vorsitzenden der beteiligten Gewerkschaften. Das Resultat dieser Verhandlungen war, daß die Werkvertreter zunächst den volljährigen (über 21 Jahre alten) Arbeitern eine Erhöhung der Stunden- und Einstellungslöhne um je 2 % bei der ersten September- und der letzten Lohnung vor Weihnachten zugesandt. Voraussetzung sollte die Zustimmung bis zum 2. Juli sein.

Zu diesem Ergebnis nahm eine am 24. und 25. Juni in Hamburg tagende Werksarbeiterkonferenz Stellung. Natürlich konnte hier das wieder recht ungünstige Verhandlungsergebnis keine Befriedigung auslösen, zumal die Verdienste auf den Werften schon immer nicht besonders günstig waren. Darum wurden die Verbandsvorstände beauftragt, den Werkbesitzern die geäußerten Wünsche nochmals zu unterbreiten und sie zur Vermeidung einer Ablehnung der Zugeständnisse um weiteres Entgegenkommen zu ersuchen. Es fanden dann auch, und zwar sofort (am 25. Juni) nochmals Verhandlungen — im engeren Kreise — statt, wodurch unter andern ein Vorrladen der Zahlungstermine um so einen Monat, eine höhere Zulage für die reinen Lohnarbeiter, eine Einbeziehung der jugendlichen und weiblichen Arbeiter in die Lohnzugehörigkeit und eine Definierung desselben, was unter dem "sonst üblichen Rahmen" bei den Altkordpreisen zu verstehen sein soll, erzielt wurde. — Danach lauteten die Vorschläge der Werften wie folgt:

1. Es werden erhöht:
  - a) die Einstellungslöhne aller männlichen volljährigen Arbeiter um 2 % in der ersten Augustlöhne, um weitere 2 % in der ersten Dezemberlöhne;
  - b) die bestehenden Stundenlöhne aller männlichen Arbeiter um 2 % in der ersten Augustlöhne, um weitere 2 % in der ersten Dezemberlöhne;
  - c) die bestehenden Stundenlöhne aller reinen Lohnarbeiter zu den unter 1b genannten Terminen statt um 2 % um 3 %;
  - d) die bestehenden Stundenlöhne der weiblichen Arbeiter um die Hälfte der unter 1b genannten Löhne;
  - e) wegen Alters oder anderer Gebrechen nicht voll arbeitsfähige Arbeiter erhalten Zulagen nach dem Grundsatz der Arbeitgeber.

II. Die Altkordpreise werden, entsprechende Arbeitsleistung vorausgesetzt, im Verhältnis zu der Erhöhung der Stundenlöhne gleichfalls erhöht, sofern sie nicht aus dem sonst üblichen Rahmen herausfallen.

Als sonst üblicher Rahmen gilt der durchschnittliche Prozentatz des Altkordverdienstes der einzelnen Gewerke auf den einzelnen Werften.

Die Altkordverhöhung bezieht sich auch auf den noch nicht erledigten Teil der beim Inkrafttreten der Lohn erhöhung noch laufenden Altkord.

III. Vorstehende Zugeständnisse haben zur Voraussetzung, daß die Arbeiter die Annahme bis zum 2. Juli erklären.

Obwohl auch dieses Ergebnis nicht voll befriedigen konnte, stimmte ihm die Konferenz zu und brachte hierdurch die Bewegung zum Abschluß. — Das noch im letzten Moment erzielte Zugeständnis unter Ic, daß die

reinen Lohnarbeiter an den ebenfalls günstiger gesetzten Terminen statt 2 % je 3 % mehr erhalten sollen, kommt einem gebesseren Teil gerade unserer Kollegen zugute, die auf mehreren Werften nicht in Altkord beschäftigt werden. Wir hoffen, daß die beteiligten Arbeiter aus dem Verlauf auch dieser Lohnbewegung die Lehre ziehen, daß ohne das planmäßige und energische Vorgehen der beteiligten Gewerkschaftsvorstände keinerlei Verbesserungen der bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreicht werden würden. Diese Überzeugung drängte sich gerade wieder bei dieser Aktion jedem auf, der deren Verlauf genau beobachten konnte.

## Das Arbeitsverhältnis kommandierter Mannschaften.

Nach einer Verfügung des preußischen Kriegsministeriums, die auch von Sachsen und Württemberg übernommen wurde, ist bei Kommandierung von Unteroffizieren und Mannschaften zu geweblicher Tätigkeit grundsätzlich davon festzuhalten, daß den Kommandierten seitens des Arbeitgebers dasselbe Entlohnung genährt werden muß, das freie Arbeiter aus der gleichen Tätigkeit erhalten. Da die Kommandierten — als Soldaten — Anspruch auf militärische Löhne, Unterkunft und Verpflegung haben, sind die Beiträge dafür als Teile des Einkommens mit in Rechnung zu stellen. Die Löhne erhält der Kommandant grundsätzlich durch die Militärbehörde, die den Beitrag wiederum vom Arbeitgeber erhält. Wenn auch Verpflegung und Unterkunft während des Kommandos von militärischer Seite weitergewährt werden, so sind auch deren Kosten vom Arbeitgeber zu ersehen. Alle diese Auslagen darf der Arbeitgeber dem Arbeiter von dem ordentlichen Lohn abziehen. Da die betreffenden Mannschaften, wie andere Kommandierte, seitens der Heeresverwaltung auch mit Bekleidung versehen werden, eine Entschädigung für die benötigten Uniformstücke aber von den Mannschaften nicht gefordert werden kann, ist in gleicher Weise von dem Arbeitgeber die Gewährung einer angemessenen, von den Stellvertretenden Generalkommandos festzusehenden Entschädigung für die Uniformabnutzung zu verlangen.

Die beiden sächsischen Generalkommandos hatten diese Entschädigung für Abnutzung auf 78 % pro Tag für den Mann, auf 77 % für den Unteroffizier festgesetzt. Diese zweifellos viel zu hohen Sätze sind nun seit dem 21. Dezember 1917 auf 22 % pro Tag herabgesetzt worden. Die Unternehmer ziehen den Kommandierten natürlich auch diese Beiträge vom Lohn ab.

Andererseits liegen die Dinge bei den zu der Arbeit beurlaubten Mannschaften. Sie sind völlig freie Arbeiter, die von der Militärverwaltung keiner Löhne noch Verpflegung oder Unterkunft erhalten und deshalb auch weder direkt noch indirekt eine Abgabe an die Militärverwaltung zu leisten haben.

## Von unsern Kollegen im Felde.

Von einem Mitglied der Filiale Chemnitz wird uns geschrieben:

Der Jahresbericht der Filiale Chemnitz gibt mir Veranlassung, einige Gedanken zu Papier zu bringen und um Veröffentlichung zu bitten.

Mit recht erfreulicher Offenheit geißelt der Bericht ersterster das Verhalten eines Teiles der Kollegen, die für den Verband nicht mehr wirken oder nach der Entlassung vom Militär nicht wieder in unsere Reihen zurückkehren. Doch es noch Kollegen gibt, die austreten oder wegen Beitragsrückstand gestrichen werden müssen, hält man kaum möglich in einer Zeit, in der sich die Organisation so bewährt hat. Wenn auch anerkannt werden muß, daß der Existenzkampf jetzt ein sehr schwerer ist, um wieviel schwerer würde er aber für jeden einzelnen sein, wenn die Organisation nicht durch fortgesetztes Drängen dazu beigebracht hätte, daß die Löhne erhöht würden.

Über glauben diese Fahnenflüchtigen, daß sei von ganz allein gekommen? Nein, liebe Freunde, daran ist einzig und allein die Organisation schuld. Die im Felde stehenden Kollegen ergreift die Wut, wenn sie so etwas

lesen. Wissen sie doch genau, daß nach ihrer Meinung, wenn die Arbeitsschlafenden interesslos genug wären, die Organisation nicht zu erhalten und weiter auszubauen, erst wieder viel Zeit zum Aufbau gebraucht wird, um wieder bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuführen zu können. Ganz besonders erstaunlich ist das Verhalten der Chemnitzer Unternehmer in der Materialversorgung von Nahrungsmitteln; weil es angeblich zu viel Arbeit und Geldausgaben erfordert, wurde ein Versuch, mehr Nahrungsmittel für ihre Gehilfen herauszuholen, von vornherein abgelehnt.

Schon dieser Vorgang sollte man glauben, müsse auch den leichten Kollegen der Organisation zuführen. Gewiß er doch wieder aufs neue, daß unsere Unternehmer im allgemeinen nichts für ihre Gehilfen übrig haben. Und glauben denn die Kollegen, daß die während des Krieges erzielten Vorteile nach dem Kriege noch bestehen bleiben, wenn die Unternehmer wissen, es gibt keine machbare Organisation mehr? Die Preise für alle Bedarfssachen werden erfahrungsgemäß auf der Höhe bleiben, ob aber auch die Löhne auf der Höhe bleiben und noch verbessert werden können, liegt einzig und allein an den Kollegen selbst. Ist die Organisation groß und stark, wird es der Fall sein, ist sie infolge der Interessengleichheit zurückgegangen, haben die Kollegen es sich selbst aufzutreiben, wenn die Löhne wieder sinken und die Kollegen einen noch schwereren Existenzkampf führen müssen.

Erstaunlich ist, daß es aber — wie der Berichterstatter schreibt — immer noch Kollegen gibt, die den Mut nicht lassen lassen. Darum rufe auch ich den Kollegen zu: Halte das Banner der Organisation hoch, haltet aus! Der Krieg wird auch einmal zu Ende gehen, dann fehren wir zurück und werden wieder mit Euch Schulter an Schulter für die Besserung unserer wirtschaftlichen Lage einzutreten. Die Fahnenflüchtigen, hoffe ich, werden derweilen ihre Untreue, die sie an der Arbeiterbewegung begangen haben, einsehen und alsbald in unser Lager zurückkehren.

Alle Kollegen und gewerkschaftlich organisierten Männer, die ich im Felde getroffen habe, sind der Meinung, daß uns auf wirtschaftlichem Gebiete schwere Kämpfe nach dem Kriege bevorstehen dürften. Vieles bisher nicht Organisierte haben mir versichert, sich, sobald sie vom Militär entlassen sind, zu organisieren. Darum rufe ich Euch noch einmal zu: Halte fest an der Organisation, rüttelt immer und immer wieder die Läden und Bagnatten auf, damit nach Friedensschluß die Organisation stark und mächtig dasteht als je zuvor, zum Wohle aller Kollegen!

Das Eisernen Kreuz zweiter Klasse erhielten die Kollegen Rud. Warling, Walter Gerber, Carl Burmeister, Hamburg; Ch. Klingler, Augsburg; Joh. Schmitt, Hermann Haferkorn, Daniel Gorle, Heinrich Bergbäser, Heinrich Beitermann, Marburg; Paul Miller, Darmstadt; Heinrich Feldmann, Kiel; G. Sachsentöder, Köln.

## Baugewerbliches.

**Wohnungsnot und Wohnungsergänzungen.** Anfangs der drohenden Wohnungsnot wollen verschiedene Gemeinden leerstehende Kleinwohnungen und leerstehende Läden und Gewerberäume zu Wohnungen umbauen und herrichten. Es ist natürlich dringend zu wünschen, daß für unsere heimkehrenden Krieger in erster Linie durch umfassende Errichtung neuer geeigneter und freundlicher Wohnungen gesorgt wird; sollte sich das Betreten des zweit erwähnten Weges aber doch als unerlässlich erweisen, so wäre auch auf die Schaffung sogenannter Wohnungsvergütungen nachdrücklich hingewiesen. Diese bestehen darin, daß für eine größere Zahl Häuser und Wohnungen, etwa je für ein oder zwei ganze Häuserblocks, gemeinsam gewisse Einrichtungen geschaffen werden, die die einzelne kleine Wohnung wirtschaftlich zu entlasten und in wertvoller Weise zu ergänzen vermögen. In Betracht kommen insbesondere Kinderküchen, Kinderhorte, Kinder- und Jugendspielplätze, Lese- und Unterhaltungsräume, Waschräume, Badegelegenheiten usw. Die große Altstadtbauhausgesellschaft für kleine Wohnungen in Frankfurt a. M. und andere gemeinnützige Bauvereinigungen haben schon seit geraumer Zeit derartige Einrichtungen geschaffen. Es

Löhne; möchten sie sehen, wie sie den Preis der fertiggestellten Arbeit einzogen. Der Krieg wurde unfehlbar zum revolutionären Umsturzler. Er brachte ganz mechanisch die Erfüllungen, die man früher der stets unzufriedenen Gehilfenschaft nachsagte. Der finanziell Schwäche wurde zur Strecke gebracht. Hilft der Staat nicht durch Gewährung billiger Geldmittel, dann kommen die "Ausgenutzten" nicht wieder hoch. Des einen Tod ist des andern Brot. Die stark veränderte wirtschaftliche Grundlage wird neues gesellschaftliches und geschäftliches Leben entwickeln, das sich den gegebenen Zeitanforderungen anpaßt.

Heute, wo über Zweidrittel aller Berufskollegen in Heeresdiensten stehen, findet nur noch knapp die Hälfte aller übrigen Beschäftigung in Privatarbeiten. Diejenigen Kreise, die sich heute jede Arbeitsausführung leisten können, sind die mit Glücksgütern gesegneten Kriegsinteressenten. Was schert's sie, ob heute ein Salon soviel kostet wie früher der ganze Neubau mancher Arbeiterwohnungen. Sie haben's ja. Mit sichtlichem Wohlbehagen geben sie ihr Geld aus für behagliche Innenkunst der Wohnräume. Es erscheint manchem zweckdienlicher, das Kapital für allerlei Eitelkeiten flüssig zu machen, als es dem staatlichen Steuermanto zu opfern. Geschäftlich ist es uns selbstverständlich lange recht; es schützt den Beruf vor gänzlichem Stillstand und Ruin.

Kommt endlich der Friede, der gleichzeitig, wenn auch langsam die wirtschaftliche Krise überwindet, dann tritt auch das Problem zur Hebung der dekorativen Kunst wieder in den Vordergrund. Bei allem ehrlichen Wollen bleibt es aber ein fast undurchführbares Objekt. Allen Plänen und Möglichkeiten zur Hebung der Dekorationsmalerei stehen ständig die wahren Ursachen des Niederganges entgegen. Durch den Weltkrieg wird die künstlerische Herrschaft nicht fallen, daher bleibt der Kunst nichts übrig, als sich weiter

der allmächtigen Herrschaft des Kapitals zu unterwerfen. Es kommen daher nur sehr bedingte Gebungs möglichkeiten in Frage. Obgleich ein allgemeines großes Bedürfnis nach auszuführenden Mal- und Anstricharbeiten besteht, wird doch bei der ungemeinen Teuerung und Materialknappheit vorweg die Sparsamkeit das erste Lebensprinzip sein. Dem schwelenden Geldstrom der Kriegsgewinner steht eine starke Verarmung der Masse gegenüber. Wenn sie bei der fargen Lebenshaltung eines leicht entbehren kann, so ist es wieder die dekorative Raumkunst. Sie lebt in ihren einfach gezeichneten Wänden auch ohne künstlerische Entwicklung glücklich, wenn nur die Miete nicht zu hoch ist. Wenn selbst auch Arbeiter unter den heutigen Zeitverhältnissen Geldmittel erübrigen, so sind es doch nur beschränkte Kreise. Die Hauptmasse der männlichen Bevölkerung kann und darf nur aufsehen, wie andere an ihrem traurigen Los profitieren. Diese, die selbigen Gelden, werden nach dieser Zeit alles andere als auf Rosen gebettet sein. Sie lehnen sich ja unbeschreiblich nach allen kulturellen Gütern dieser Welt, auch nach guten, selbst dekorativ geschmückten Wohnungen. Alle Wünsche bleiben aber wieder abhängig von den finanziellen Mitteln. Unendlich viel andere Sorgen sind druden der und notwendiger.

Um allgemein die Kunst zu heben, bedarf es der Kunstsleife. Dem ganzen Volke fehlt noch zu sehr das künstlerische Gefühl. Die vielfach anzurendende "Schönheit" entbehrt oftmals allzusehr des Guten. Genau, es gibt auch Leute, die ihr Geld bedacht anwenden, sei es, daß sie nur eine kleine Familie haben und petuniär gut gestellt sind, oder sie haben wirtschaftliche Kunst- und Schönheitsfeste, der ihnen im eigenen Heim mehr zusagt, als das Geld für tolle Vergnügungs sucht hinauszutwerfen. Auch für die arbeitenden Menschen liegt hier ein Grundabschluß blinden Verkennens zur höheren Kunstfertigung. Viel-

## Kriegswirkungen und Möglichkeiten zur Hebung der dekorativen Malerei.

Wohin wir heute nach vierjähriger Kriegszeit blicken, das Malergewerbe zeigt wenig erfreuliche Tatsachen. Es leidet besonders stark unter den Kriegswirkungen. Der Mangel hochwertiger Rohstoffe kann durch alle Mittel nicht wettgemacht werden. Solange es also an vollwertigen Anstrichmitteln fehlt, wird der Beruf nicht wieder hochkommen. Diese bittere Tatsache drückt die erfreuliche Zuversicht ob aller aufgeschobenen Arbeiten. Da in all den Jahren nur wenig Berufskunst ausgeführt wurden, stehen viele Häuser innen und außen mehr oder minder arg verwahrlost aus. Heute sieht jeder, was früher das "Frische Farbe" ausmachte. Jede Arbeit wurde durchschnittlich alle paar Jahre erneuert. War die Anwendung der dekorativen Kunst fast zur reinen Kapitalangelegenheit geworden, so offenbarte selbst die einfachste Arbeitsausführung das Prinzip der Sauberkeit des ganzen völkischen Charakters.

Die durch den langen Krieg bedingte stark veränderte Vermögenslage ganzer Volkschichten wird für unsern Beruf auch hemmende Wirkungen zeitigen. Soweit das Kapital an Heereslieferungen beteiligt ist, kommt es nicht zu Schaden. Dennoch wird getaumte Zeit vergehen, bevor eine finanzielle Stabilität eintritt. Die insofern vorhandene Unsicherheit der Zahlungsschwierigkeiten und Garantien seitens der Kundschaft wird das geschäftliche Leben zur größten Vorsicht mahnen. Göt mancher, der früher als wohlstützt galt, mög zukünftig bitter enttäuschen. Wieviel Malergeschäfte sind nicht endgültig in die Brüche gegangen. Es gab vor dem Kriege schon genug Meister, die nur mit Mühe oben blieben und stets mit Sorge dem Sonnenuntergang entgegensehen. Die Gehilfen beanspruchten ihren

leuchtet ein, daß auf diese Weise ohne zu großen Kosten aufgrund der Verhältnisse in den einzelnen kleinen Wohnungen wesentlich verbessert werden können, indem die Befriedigung eines nicht geringen Teiles der Ansprüche und Bedürfnisse der Familien aus der Energie der einzelnen Wohnung in diese Wohnungsergänzungen verlegt wird. Gleichzeitig rückt dadurch die Gewerbe und die sonstigen betriebenen Stellen bei ihrer praktischen Wohnungspolitik ihr Ausmaß auch auf diese Einrichtungen.

## Aus Unternehmertreiften.

**Organisation des Großkapitals.** Vor kurzem ist im Hamburger eine umfassende Organisation des Großkapitals ins Leben gerufen worden. Sie gehören 188 große Firmen an, davon 128 Hamburger Großfirma-Gesellschaften, Werften, Gesellschaften, Eisenwerke, Dynamitwerke, Banken, Aktiengesellschaft Friedrich Krupp, Essen, Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat und viele Großaufkäufer sind in der Wittenberger Straße für Inn- und Ausland unter einem Dach vereinigt.

**Gegenstand des Unternehmens ist:**

1. die Förderung und der Betrieb von in- und ausländischen Unternehmungen gleicher Art, insbesondere solchen, die die Herstellung und den Betrieb von Eisenbahnen, Straßenbahnen, Schiffen, Räder-, Fernsprech- und Funkapparaturen, aber sonstigen Verkehrsmitteln, Rundfunk, Docks, Häfen, Werken, Ent- und Verbesserungs- und elektrischen Anlagen, Waschanstalten, Wasserwerken, Kraftwerken, Warenhäusern, Hotels, Fabriken aller Art, Gebäuden, Brücken und Konstruktionswerken aller Art betreffen oder die sich mit der Ausschließung von Grundstücken, Wäldern, Bodenschäden oder andern Ländereien, mit der Ausübung der Fischerei, mit der Anlage von Pflanzungen, Errichtung von Gebäuden aller Art, Verwertung von Koncessionen und gewerblichen Schutzrechten beschäftigen;
2. die Gründung von Gesellschaften zum Betriebe solcher Unternehmungen;
3. die Beteiligung an Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art, deren Übernahme und Finanzierung sowie der Erwerb, die Beleihung, Veräußerung und sonstige Verwertung von Aktien, Obligationen und sonstigen Titeln und Forderungen solcher Unternehmungen;
4. die Vermittlung von Beteiligungen an Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art;
5. die Gewährung oder Vermittlung von Darlehen an beratige Unternehmungen und an Kaufleute über Industrielle oder Städte, Provinzen und Gemeinden in Verbindung mit solchen Unternehmungen;
6. die Übernahme von Treuhändernchaften und Verwaltungen sowie die Prüfung von geschäftlichen Vorschlägen aller Art für eigene oder fremde Rechnung sowie der Betrieb aller mit Unternehmungen dieser oder ähnlicher Art verbundenen Geschäfte.

Das Grundkapital des Gesellschaft beträgt M. 25 000 000. Zweifellos hat die Frage der Rohstoffversorgung nach dem Kriege bei der Gründung dieses gewaltigen Unternehmens keine geringe Rolle gespielt; auch auf die Regelung der Einfuhr wie Ausfuhr sowie der Schaffung von Absatzgebieten wird diese Organisation des Großkapitals ohne Zweifel Einfluß zu erlangen suchen. Es ist eine Zusammensetzung aller Kräfte im Interesse aller Beteiligten, wie sie großartiger kaum zu denken ist. Die Arbeiter sollten sich ein Beispiel nehmen, statt sich zu zerstreuen und ihre Kräfte zu schwächen, die auch sie nach dem Kriege nötiger haben werden denn ja. Darum stärkt jeder mit allen Kräften die Organisationen der Arbeiterschaft!

## Gewerkschaftliches.

Die Versammlung der Technikerverbände be schlossen. Durch Urabstimmung haben die Mitglieder des Bundes technischer Angestellten die von ihrem Vorstande unterbreiteten und zur Annahme empfohlenen Einigungs-

borschläge, die als Ergebnis der Verhandlungen mit dem Bund der technisch-industriellen Beamten gewonnen worden sind, fast einstimmig angenommen. Die höchst bedauerliche Organisationsversplitterung ist damit beseitigt; die getrennten Brüder haben eingesehen, daß nur Einigkeit stark macht. In seiner Schlussrede spricht daher der "Technische Angestellte":

"Vom 1. Juli ab gibt es wieder nur einen gewerkschaftlichen Berufsverein für die technischen Angestellten. Die Säntanten sind beseitigt, die während dreier Jahre die machtvolle Entfaltung vereinter Willenskraft verhindert haben, und wir sind überzeugt, es sind nicht nur die äußeren Schwierigkeiten, die förmlichen Scheidewände zweier nebeneinander stehender selbständiger Organisationen, die mit dem 1. Juli fallen. Wir haben den zweiseitlichen Glauben, daß mit dem Erstellen des Einigungswillens eine weitreichende Umwandlung hergerufen worden ist und daß die Zeit der Trennung ihre heilsame Kraft auch an den Köpfen und Herzen der technischen Angestellten bewahrt hat."

Um Ende wird noch besonders hervorgehoben, daß die Einigung keine Unterdrückung abweichender Ansichten zur Voraussetzung habe. Sachliche Gegensätze seien dazu da, um ausgetragen zu werden; nur müsse dies in sachlicher Form und ohne Verneinung mit persönlichem Streit geschehen. Es wäre zu wünschen, daß diese Erkenntnis Geheimtun aller technischen Angestellten würde. Denn damit wäre zweifellos die beste Grundlage für eine neue Blütezeit der gewerkschaftlichen Technikerbewegung geschaffen.

Die anhaltende Zerstreuung hat auch bei den Bauarbeitern das dringende Verlangen nach höheren Leistungszulagen hergerufen. Eine Reihe von Vereinen hat dem Verbandsvorstand das Verlangen unterbreitet, umgehend durch Verhandlungen mit dem Bauarbeiterverband auf die Bewilligung einer neuen Leistungszulage hinzuwirken. Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes erklärt nun im "Grundstein", daß er gegenwärtig solche Schritte nicht unternehmen könne. Bei den letzten Vereinbarungen wurde von den beiden Kontrahenten die Verpflichtung eingegangen, Bestrebungen, die auf Erhöhung oder Herabsetzung der vereinbarten Leistungszulagen gehen, während der Dauer der Vereinbarung nicht anzurufen oder zu unterstützen, sondern ihnen als vertragswidrig entgegenzuwirken. In diese Vereinbarung ist auch der Bauarbeiterverband gebunden, und er kann, wenn er nicht vertragswidrig werden will, augenblicklich den an ihn gelangten Anregungen nicht entsprechen, obgleich er die erhobenen Wünsche für durchaus berechtigt und berechtigt hält.

**Eine Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter des Zimmererverbandes** tagte am 27. und 28. Juni in Leipzig. Sie befaßte sich zunächst mit den Fragen der Übergangsirtschaft, soweit sie das gewerkschaftliche Interesse berührten. Nicht auch die herrschende Wohnungsnachfrage, die mit der längeren Dauer des Krieges eine fortgesetzte Steigerung erfahren durfte, den Bau von Wohnungen absolut notwendig, so stellen sich die Schätzungen des Mannesfach der Art entgegen, die in der Haushaltssache verunsichert sind durch Materialmangel sowie Mangel an Hypotheken und Baugeldern. Wie diesen Schwierigkeiten zu begegnen und eine alshaldige Förderung des Wohnungsbau zu erstreben ist, haben die baugewerblichen Gewerkschaften bereits in einer vor einiger Zeit an der Reichs- und Landesbehörden gerichteten Anfrage dargelegt, die auch von der Konferenz genehmigt wurde. Ein wesentlicher Punkt bei den Beratungen bildeten die Arbeitsvermittlung sowie die Arbeitsnachfrage, die bei der Demobilisierung besonders in den Vordergrund treten dürften. In der Aussprache wurden auch die in einzelnen Korpsbezirken bereits bekannt gewordenen Richtlinien für die Demobilisierung erörtert und allseitig die Notwendigkeit betont, daß, soweit irgend angängig, darauf hingewirkt werden müsse, daß dabei auch die gewerkschaftlichen Interessen nicht benachteiligt würden. Nebenhaupt sollten die Verbandszahlstellen, wo sich ihnen Gelegenheit dazu bietet, an der Beratung und Lösung aller Fragen der Übergangsirtschaft, wie immer diese an sie herantreten, regen Anteil nehmen. In erster Linie haben sie natürlich ihre ganze Kraft auf den Wiederaufbau des Verbandes einzustellen und alle hierauf gerichteten Bestrebungen tat-

haftig zu unterstützen. Die Konferenz befaßte sich im weiteren mit Tariffragen und den Leistungszulagen. Sie stellte sich auf den bisher schon vom Zimmererverband vertretenen Standpunkt: für Tarifverträge, nicht aber Tarifverträge um jeden Preis! Darauf ließen die Teilnehmer keinen Zweifel, daß in Mitgliederräumen allgemein mit einer baldigen weiteren Leistungszulage gerechnet werde, da die Besteuerung des Lebensunterhalts bei dem heutigen Einkommen einschließlich sei. Von Bedeutung waren die Anregungen auf weiteren Ausbau der Arbeitslosen- und Gewerbe lösungen und für Selbsthilfe, die den Zentralinstanzen zur möglichsten Verstärkung überwiesen wurden. Die Vertagung wird natürlich derartigen Erweiterungen angepaßt werden müssen. Die Konferenz nahm ferner Kenntnis von Verhandlungen, die mit dem Deutschen Polizeibund geführt worden sind über den Abschluß eines Fortsetzungsvertrages. Der Vertrag ist bereits von dem Polizeibund, dem Deutschen Bauarbeiterverband und dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter unterzeichnet. Im Zimmererverband wird eine Generalversammlung darüber entscheiden, ob dem Vertrag beigetreten wird oder nicht. Schließlich wurde noch die Frage diskutiert, ob eine Generalversammlung der Zimmererverbandes hat 1918 stattgefunden. Die jetzt geplante Neuregelung des Weltkriegs- und Unterstützungsmaßnahmen jedoch eine Generalversammlung unvermeidlich, weshalb Verbandsausschuß und Zentralvorstand der Konferenz in Vorschlag brachten, sie für das Geschäftsjahr 1919 in Aussicht zu nehmen, falls nicht aus andern, noch unbekannten Gründen eine frühere Einberufung notwendig werde. Die Konferenz trat dem Vorschlag der Zentralinstanzen bei.

## Arbeiterversicherung.

Der Hauptverband deutscher Rentenversicherung hat zum 30. Juni eine Sitzung seines Beirats nach Weimar einberufen, zu der Vertreter von 1120 Räumen mit 514 Millionen Mitgliedern erschienen waren. Den Mittelpunkt der Tagung bildete die Arztfrage. Die Ärzte fordern eine Erhöhung ihrer Gebühren um 50 pf., obwohl ihre Einkünfte während des Krieges sich dadurch mehr als verdoppelt haben, daß fast zwei Drittel der Ärzte zum Heeresdienst einberufen sind und die in der Heimat verbliebenen Ärzte durch ihre Tätigkeit als Lazarettsärzte und für die gemeindliche Kriegsfamilienhilfe erhebliche Nebeneinkünfte beziehen. Mit Erfolg dieses Jahres laufen bei den meisten Räumen die Arzttarife ab, so daß in nächster Zeit allerorts Verhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen bevorstehen. Der Beirat nahm nach einem Bericht des Geschäftsführers des Hauptverbandes, Behmann, Dresden, ausführliche Zeitsäfe an, die eine Rücksicht für die Verhandlungen abgeben. Die Krankenkassen sind bereit, Honorarerhöhungen in Form von Kriegsgehalten zu gestehen, sofern die Kriegsverhältnisse nicht bereits eine wesentliche Verbesserung der Einkünfte der Ärzte herbeigeführt haben, oder soweit es sich um den Erfolg harter Auseinandersetzungen handelt.

Auch gegen die von den Ärzten verlangte Erhöhung der Mindestsätze der staatlichen Gebührenordnungen wurde entschieden Einspruch erhoben.

Über den Stand des Berliner Abkommen zwischen den Organisationen der Ärzte und der Krankenkassen berichtete Verbandsvorsitzender Bräckendorf, Dresden. Die Räume verlangen die unbedingte Anerkennung und Durchführung des Abkommen im ganzen Mense und die Ausgestaltung des Abkommen durch eine Instanz, die erforderlichenfalls die Arzttarife nachprüfen kann.

Über die unzureichende ärztliche Versorgung der Kassenärztlichen infolge des Mangels an Ärzten und der ungleichmäßigen Verteilung der Ärzte sprach Kassenvertreter Bollendorf, Delitzig. Er forderte die Zusammenfassung der ärztlichen Tätigkeit in Beratungsstellen, die von den Krankenkassen nach Art der Polikliniken zu errichten wären.

Über die Stellungnahme der Ärzte zu der Wieder-einbeziehung derjenigen Privatangestellten in die Krankenversicherung, die infolge erhöhten Einkommens ausgeschieden sind, sprach Reichstagabgeordneter Bauer, Berlin. Er

Geld wird sinn- und zwecklos ausgegeben, ohne jeglichem Kulturmittel fördernd zu dienen. Die Wohnung sollte der Schlüssel des Gefühls sein für Kunst und Schönheit. Wo sich der Mensch am meisten aufhält, sollte er hier gerade nicht sparen. Meine Heimat ist meine Welt, sagt das Sprichwort. Es sollte aber mehr bedeuten, als die oft aufgestellten Worte eines schwungigen Wandlappens hinter dem Kochherd. Soll die Wohnung wirklich zum trauten Heim werden, dann muß in erster Linie der Dekorationsmaler seine Kunst anwenden. Bleibt auch die Möglichkeit beschränkt, so heißt es, berechtigte Anwendung auf dem rechten Feld. Zur weiteren Raumausstattung ist das Bild der vollständigste Wandschmuck geworden. Wie herrlich wirkt das wirklich gute Bild. Doch wie selten schmückt es die Zimmerwände. Stattdessen hängt oft der teuerste Schuh in den Wohnungen. Dasselbe Geld, das hier kein weggeworfen, könnte das Auge mehr erfreuen. Welch herrliche Bilder, die sich auch der Minderbemittelte leisten kann, liefert der lithographische Viersfarbendruck. Es fehlt der Masse der rechte Weg, das mangelnde Kunstverständnis zu heben. Die Wege sind zwar geeignet, doch es hält schwer, hier vorwärtszukommen. Für die Kunst- und Bildungsvereine, aber auch für die Organisationen betreibenden der Arbeiterschaft, bleibt hier ein dankbares Feld erzieherischer Betätigung zur Verbesserung des guten Geschmacks für Kunst und Malerei.

Wie früher, so bleibt auch zukünftig für den Maler der alte Weg, seine dekorativen Künste auf Ausstellungen zur Geltung zu bringen. Obgleich diese Ausstellungen leider durchschnittlich wegen ihrer hohen Bau- und Aufwandskosten meistens mit einem finanziellen Defizit endigten, trugen sie dazu bei, die künstlerische Wandmalerei zu erhalten. Die Malerei gewann auf Kosten der Tapete selbst in alten Privatwohnungen an Raum. Hand

in Hand mit dieser Kunsterweiterung bleibt aber das größte Augenmerk auf Heranbildung tüchtiger Künstlerkräfte zu richten. Die Lehrlingsfrage bedarf der besonderen Fürsorge und einer aufzudenstellenden Regelung der beiderseitigen Organisationen unseres Gewerbes. Praktische Berufsbildung und Fachschule müssen das angeborene und schlummernde Talent vollständig weden. Auf dieser Grundlage muß der Geist der neuen Zeit dem Tüchtigsten die freie Bahn öffnen. Das Talent darf nicht mehr verkümmern, wenn die Ausbildungsmittel fehlen. Kann der Begabteste den Aufstieg aus eigenen Mitteln nicht vollziehen, dann sollte durch Staatsförderung die vollständige Ausbildung ermöglicht werden, „alle in ihm schlummernden Eigenschaften voll zu entfalten und sie nicht nur in den Dienst seines eigenen Fortkommens, sondern auch zugleich in den Dienst der Gesamtheit zu stellen“, wie sich der Abgeordnete Hakenisch sehr zutreffend über sozialdemokratische Kulturpolitik aussprach.

Eng verknüpft mit der Frage zur Hebung der dekorativen Kunst bleibt das zukünftige Wohnungsbauwesen. Wer eines will, muß auch das andere wollen. Durch staatlich unterstützte gemeinnützige Bauvereinigungen läßt sich der privatkapitalistischen Bauwirtschaft eine Schangeschäftszeit. Die schon früher von vielen Großstädten geförderten genossenschaftlichen Vereinigungen zeigen ihre segensreiche Tätigkeit in der Herstellung von schmucken Gartenhäusern. Architekt und Maler finden hier willkommene Gelegenheit, aus jedem Hause einen einladenden Schmuckraum, ein trautes Heim zu schaffen. Wie durch Regierungsverfügungen Gesellen- und Meisterprüfungen den Besichtigungsnachweis beruflichen Könness verbürgen sollen, so sollte durch künstlerischen Beirat die auszuführende Arbeit überwacht werden. Die dringend gewordene Frage der Wohnungsnachfrage sollte daher nicht allein von der Geldseite betrachtet werden. Der dankbar angewandte Grund-

satz am Bau der Gartenhäusern bedarf der weiteren Beachtung und Ausführung. Harmonisches Gepräge menschlichen Wohnungsbau im Rahmen der schönen Natur dient gleichzeitig dem Auge als willkommene Freude und dem Klur- und Heimatschutz. Mit Empfindung und Freude mögen die Formen und Farben des Malers, die Wohnstätten der Menschheit als Ganzes zu haben. Dieser Wunsch für die Allgemeinheit geltend gemacht, bleibt selbstverständlich ein schöner Zukunftstraum. Doch sei er jetzt schon beachtet; die Welt und auch die dekorative Kunst kann nicht mit einem Tage zur vollen Blüte erheben. Der Aufstieg ist ein mühseliger Weg zum Licht. Sehr nahe liegt uns heute die Belästigung der Schmuckkonkurrenz. Solange auf diesem Gebiete nicht vollständig Hand angelegt wird, ist aller Anfang für einen gesunden Aufstieg des Geschäftslebens und der Kunst vergeblich. Das bekannte Gelehrte haben muß ausgerottet werden. Gewerkschaften, Zünfte und städtische oder staatliche Behörden sollten hier zusammenarbeiten.

Wie jeder denkende Berufskollege einsehen wird, ist der Weg zur Hebung der Dekorationsmalerei ein dornenreicher. Solange die privatkapitalistische Gesellschaft existiert, wird sie nie über kleinliche Versuche des Aufstieges hinauskommen. Die Malerei bleibt stets ein Objekt des Kapitals, ein Vorrecht der bestehenden Klasse. Wie soll es da anders werden und die Kunst zur vollen Blüte gelangen? Dieses Problem bleibt ohne Frage einem einsichtigeren Zeitalter zur Lösung vorbehalten. Solange die in jeder Beziehung übervorteilten Volksmassen nicht gleichberechtigt ihren Einfluß ausüben können, werden sie auch nicht teilnehmen an den Kulturgütern dieser Welt und ebenso wenig wird die Malerei ihre vollständige Anerkennung finden.

Das wirkliche Zeitalter freier ungehinderter Kunstentfaltung liegt im Sozialismus! Wer dieses einsieht, wer für ihn zum Segen einer besseren Weltordnung. H. S.

mandie sich mit großem Nachdruck gegen die Haltung des kurz vorher abgehaltenen außerordentlichen Vergnügungstages in Eisenach, der sich aus egoistischen Standesinteressen allen sozialpolitischen Fortschritten entgegengestellt hat.

Über die ArzneiverSORGUNG DER KRAKLENKASSEN sprach sodann Geschäftsführer Lehmann, Dresden, indem er auf die immer noch anhaltende Stellungnahme der Arzneipresse hinwies und die Krankenkassen ersuchte, durch entsprechende Einwirkung auf die Berufe und gewöhnliche Vereinbarungen mit den Apothekern Ersparnisse durchzuführen.

In einem weiteren Vortrage forderte Verwaltungsdirektor Nölke, Hamburg, eine stärkere Beteiligung der Krankenkassen am Fürsorgewesen und eine weitgehende Zentralisation der verschiedenen Fürsorgezweige.

Sodann berichtete Direktor Kohn, Berlin, über die Wirkungen des Krieges auf die Gesundheitsverhältnisse der Versicherten und die zu treffenden Maßnahmen, um den Gesundheitsschädigungen in den Kriegsbelieben entgegenzuwirken.

Einer der wichtigsten Gegenstände war die Gründung eines Versicherungsvereins deutscher Krankenkassen, der eine Kuhgehalts- und Hinterbliebenenfürsorge der Kassenangestellten schaffen soll. Die Gründung dieses Versicherungsvereins wurde unter lebhafter Anteilnahme einer großen Anzahl von Kassen beschlossen und die dazu vorliegende umfangreiche Sitzung beraten. Der Versicherungsverein wird seine Tätigkeit in allerhöchster Zeit aufnehmen und damit ein bedeutsames Werk sozialer Fürsorge durchführen.

## Sozialpolitisches.

**Die Gewinne der chemischen Großindustrie.** Die fünf großen chemischen Unternehmen, Höchster Farbwerke, Badische Anilin-Farbwerke vorm. Kr. Boehr, A.-G. für Anilinfabrikation, Friedheim-Elektro, Weilerter Meer, zu denen noch die Hasseler & Co., G. m. b. H. in Frankfurt a. M. kommt, haben jetzt zu den bestreitbaren deutschen Aktiengesellschaften gehört. Durch die Aufnahme neuer Kapitalzweige, besonders der Stickstoffgewinnung, haben sie ihren alten Ruf auch im Kriege neu bekräftigt, und im Jahre 1917 ihr Kapital um 132,60 Millionen Mark, auf 338,40 Millionen Mark, erhöht und den Aktionären die jungen Aktien zu dem Preise von 107 p. St. geschenkt, wobei den jungen Aktien noch die Dividendenberechtigung für das Jahr 1917 anhaftete, obwohl das neue Geld am Ertrage dieses Jahres noch nicht mitgearbeitet hatte. Die Ausgabe dieser mit einem so wertvollen Bezugsschreit verknüpften Aktien bedeutet nichts anderes, als eine großzügige Verminderung des Aktienkapitals zur künftigen Heraabsetzung der Dividende. Aus den Gewinnzahlen geht dies deutlich hervor. Die genannten fünf Unternehmen haben zusammen ihren Bruttoeinkommen um 41,4, auf 194,9 Millionen Mark, erhöht, was nahezu 80 p. St. des vermehrten Aktienkapitals ausmacht. Der Gewinn ist fast so groß, wie das Aktienkapital vor der Ausgabe der jungen Aktien gewesen ist! Dabei ist zu bemerken, daß die Kriegsgewinne nur verhindern können, wenn sie bereits vorweg in Abzug gebracht sind! Die Kosten sind um 7,7 Millionen Mark, auf 32 Millionen Mark, die sichtbaren Abschreibungen sind um 18,3 Millionen Mark, auf 63,4 Millionen Mark, gestiegen, der Reinewinn hat sich um 14 Millionen Mark, auf 110 Millionen Mark, erhöht. Die Gesellschaften könnten infolge der großen Kapitalvermehrung die Dividendekürzen, ohne den Aktiengewinnen weniger zuzulassen. Der zur Auschüttung erforderliche Betrag hat sich um 9,93 Millionen Mark, auf 63,10 Millionen Mark, erhöht. — Wenn auch mit Recht darauf verwiesen werden kann, daß die chemische Großindustrie seit langen Jahren starke Rückstellungen vornimmt, so daß das werbende Kapital bedeutend größer ist als das Aktienkapital, so muß demgegenüber auch immer wieder betont werden, daß die veröffentlichten Gewinnziffern nur einen Bruchteil des tatsächlich erzielten Gewinns darstellen, wie sich aus der Vorwegnahme von Abschreibungen und Rückstellungen und der ganzen Kriegssteuerumlage ergibt. Aus diesen Gründen dürfen wohl die Abschläge der chemischen Großindustrie als ein besonders beweiskräftiges Beispiel für die ganz unzureichende Ausgestaltung der Kriegssteuer und für die Notwendigkeit ihrer Erhöhung angesehen werden.

**Gemeindliche Wohnungsnachweise.** Für die Kreise der Wohnungsreform wird die Entwicklung der gemeindlichen Wohnungsnachweise von Interesse sein. Einer Darstellung des Kaiserlichen Statistischen Amtes über diesen Gegenstand in Nummer 6 des „Reichsarbeitsblattes“ entnehmen wir einige interessante Angaben: Im Jahre 1911 bestanden erst in 24 Städten gemeindliche Wohnungsnachweise. Die bestehenden Wohnungsnachweise hatten aber keinen vollständigen Erfolg, weil es den meisten an einer geistlichen Meldepflicht fehlte und daher ein lückenloses Angebot der leerstehenden Wohnungen nicht erzielt werden konnte. Zuerst wurde für den Stuttgarter Wohnungsnachweis der Meldepflicht auf Grund einer polizeilichen Vorschrift im Jahre 1902 durchgeführt, und zwar für Wohnungen aller Größen. Erst eine Reihe Jahre später schlossen sich andere Städte diesem Vorgehen an. Im Jahre 1911 wurde in Charlottenburg die An- und Abmeldung kleiner Wohnungen bis zu zwei Wohnräumen durch Polizeiverordnung vorgeschrieben. Von 1912 bis 1913 führte die Meldepflicht in ähnlicher Weise in Berlin-Schöneberg im Jahre 1913. Braunshweig und Mainz schlossen den Meldepflicht für das Vermieten von Wohnungen aller Größenklassen im Frühjahr 1918 vor. Für Dresden sollte am 1. Juli dieses Jahres ein amtlicher Wohnungsnachweis mit Meldepflicht errichtet werden. Bei den gemeindlichen Wohnungsnachweisen ohne Meldepflicht, die durch Androhung von Ordnungssachen, durch Auflösung über die Benutzung und vergleichen ein möglichst vollständiges Angebot zu erzielen versuchten, beschränkte sich die Vermittlungstätigkeit vielfach auch auf Kleinwohnungen,

so zum Beispiel in Freiberg i. S., in Siegen und in Straßburg.

Der gemeindliche Wohnungsnachweis soll vor allem dem Wohle der minderbedürfteten Schichten der Bevölkerung dienen. Eine besondere Zusammenstellung über die Wohnungssuchenden nach Berufsarten beim Wohnungsnachweis in Wismar ergibt auch tatsächlich, daß vor allem gelernte und ungelernte Arbeiter beiderlei Geschlechts den dortigen städtischen Wohnungsnachweisen in Anspruch nahmen.

Ein neuer wichtiger Entwicklungsabschnitt dürfte jetzt für die gemeindlichen Wohnungsnachweise dadurch gegeben sein, daß die Gesetzgebung sich neuestens mehrfach des Gemeindestandes angenommen hat. In Preußen wird die Einführung gemeindlicher Wohnungsnachweise durch Artikel 6 § 1 Absatz 3 des preußischen Wohnungsgesetzes vom 28. März 1918 einheitlich geregelt. Danach ist den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern zur Pflicht gemacht, gemeindliche Wohnungsnachweise mit Meldepflicht zu errichten. In Witten wurden durch Entschließungen vom 18. Januar 1917 über den „Ausbau des Wohnungswesens“ die Regelungen, Räumern des Innern und die Bezirksämtern auch auf die Wichtigkeit eines „unentbehrlichen, partikulären und durchaus unabhängigen Wohnungsnachweises“ aufmerksam gemacht, wobei allerdings der Meldepflicht nicht erwähnt wurde. In Wadern wurde am 1. April dieses Jahres ein Gesetzentwurf über die Meldepflicht zum Wohnungsnachweis von der ersten Kammer angenommen mit der Bestimmung, daß die Meldepflicht durch ortspolizeiliche Vorschrift eingefügt werden kann. Von besonderem Interesse ist vielleicht auch noch, daß, wie in den Kreisen des Deutschen Vereins für Wohnungswirtschaft vor einiger Zeit mitgeteilt wurde, in Frankfurt a. M. ein ziemlich wirksamer Druck zur Anmeldung der vermietbaren Wohnungen dadurch ausgeübt wird, daß auf Grund der Verfügung des Stellvertretenden Generalmajors die Zeitungen Anzeigen dieser Wohnungen nur bringen dürfen, wenn ihnen zuvor die Bescheinigung über Anmeldung der Wohnung beim städtischen Wohnungsnachweis vorgelegt wird. Man wird noch allein ein starkes äußeres und inneres Fortschreiten der gemeindlichen Wohnungsnachweise erwarten dürfen. D. W. A.

**Wiederverwendung ehemaliger Kriegsgefangener.** Auf eine Anfrage, die der Abgeordnete Stüdte an das Kriegsministerium gerichtet hat, ist ihm mitgeteilt worden, daß die aus Russland zurückgekehrten Militärpersönlichkeiten ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt oder die Art ihrer Rückkehr im Heeresdienst überall wieder verwandt werden können. Es würde dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht widersprechen, wenn die aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Heeresangehörigen nach Ablauf ihres Urlaubes anders verwendet würden als die übrigen Heeresdienstpflichtigen, von denen viele selbst noch mehrfache Verwendung der Front wieder angeführt werden. Soweit aus besonderen Gründen von einer Verwendung in der Front abgesehen werden darf, zum Beispiel infolge vorgesetzten Alters oder aus Familiensicht, kommen diese Sonderbestimmungen auch den aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten zugute.

Damit steht fest, daß auch die aus der russischen Kriegsgefangenschaft entflohenen Leute, falls sie kriegsverwendungsfähig sind, wieder an der Front verwandt werden dürfen, nachdem mittlerweile mit Russland Friede geschlossen worden ist. Wenn ein aus Russland zurückgekehrter Kriegsgefangener etwa an einer andern Front wieder in Kriegsgefangenschaft geraten sollte, dann darf er nicht anders behandelt werden als die andern Kriegsgefangenen auch. Mit dem Tage des Friedensschlusses mit Russland könnte Deutschland über seine dort Kriegsgefangenen gewesenen Soldaten und Offiziere wieder vollkommen frei verfügen.

## Verschiedenes.

**Leim aus Bakterien.** Von einer neuen großen Erfindungsschafft der deutschen Chemie wird berichtet; danach sei es ihr gelungen, die Leimknappheit aus der Welt zu schaffen: aus einer Bakterienart wird jetzt nach einem neuen Verfahren ein Leim gewonnen, der ausgezeichnete Eigenschaften haben soll. Über diese bedeutende Erfindung teilt Dr. Hans Werner, Gera, im „Prometheus“ einiges mit: Die Welt der Bakterien liefert nicht nur menschliche Nahrung und Heilmittel, sondern auch Leim, einen Stoff, der wissenschaftlich wie militärisch von großer Bedeutung ist. Man hatte gefunden, daß bei geeigneter Ernährung und richtiger Pflege ein bestimmter Stamm von Bakterien durch Vermischung mit ihm kaum verwandten andern Kleinstwesen eine ebenso überraschende wie industriell wertvolle Verwandlung durchmacht. Er entwickelt dabei Eigenschaften, die er vorher auch nicht einmal andeutungsweise zeigte. Nach Abschluß des ganzen Veränderungsvorganges zeigen die Bakterien die auffallende Fähigkeit, die verschiedenartigsten Stoffe sehr fest miteinander zu verbinden, was sonst nur bei Anwendung von heissem Knochenkleber oder teurem Sonderklebstoff möglich war. Unter der Leitung des Erfinders wurden zunächst in größeren Versuchsanlagen ausgewählte Stämme jener sich merkwürdig verändernden Kleinstwesen entzüchtet, und nach etwa dreimonatiger Versuchsdauer war ein glasklarer, geruchloser, blanker, glänzend-durchsichtiger Stoff entstanden, der als Sanitor-Klebstoff bezeichnet wurde. Bis zum Jahre 1913 flossen aus Deutschland gewaltige Summen ins Ausland, mit denen Klebstoffe aller Art, Bindeschlüssel- und Durchtränkungsmittel der Industrie bezahlt werden mußten. Die Entdeckung des Sanitorklebstoffes entspart dem deutschen Volksvermögen diese Summen, und der Heeresbedarf wie die Ansprüche der Industrie können durch diese glänzende Leistung der deutschen Biochemie befriedigt werden. Was die Eigenschaften des neuen Klebstoffes an-

geht, so ähnelt er in Aussehen und Anwendung dem oft bekannten, aber teuren Gummirakelum, doch ist er ganz erheblich billiger und soll an Klebefähigkeit überlegen sein.

## Litterarisches.

**Weltkrieg und Angestelltenbewegung.** Von G. Häußer. Verlag für Sozialwissenschaften. M. b. H. Berlin SW 68. Preis kartoniert M. 2, gebunden M. 8. Die soziale Bewegung der Privatangestellten hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen, ohne daß das umfangreiche Organisationsleben der zugehörigen Verbände bisher literarisch erfaßt worden war. Der Verfasser des Buches „Weltkrieg und Angestelltenbewegung“, der seit Jahren führend in der Bewegung tätig ist, hat es zum erstenmal unternommen, frei von allem agitatorischen Beiwert das gewaltige Arbeitstätigkeits zu schildern, das die Organisation der Privatangestellten vor und besonders in den Kreisen des Deutschen Vereins für Wohnungswirtschaft und in das Arbeitsleben unserer Kapitalarbeiter einen flauen Einblick gewinnen will, dem kann die Anschaffung dieser Schrift empfohlen werden.

**A. Damascuse: Geschichte der Nationalökonomie.** Eine erste Einführung. 40. bis 42. Tausend. Neunte erweiterte Auflage. Jena, Gustav Fischer. 1918. 2. Band, 400 Seiten. Preis M. 4,50. Der bekannte hervorragende Führer der deutschen Bodenreformer gibt uns in dem vorliegenden Werke eine gemeinderständliche Darstellung der Geschichte der Nationalökonomie, ihrer Systeme und der Personen, die sie erdacht und verbreitet haben. Er behandelt die kommunistischen Bewegungen im Urlande des Kapitalismus, in England, dann in Frankreich und Deutschland, beeinflußt durch das kommunistische Manifest von Karl Marx, wobei er in großen Zügen die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis in die Gegenwart hinein uns vor Augen führt. Die Hauptkapitel behandeln das nationale System, den Kommunismus und die Narzisten. Der Verfasser schließt diesen Band, der uns ein umfassendes Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder gibt, in denen die kapitalistische Produktionsweise von der allergrößten Bedeutung geworden ist, mit einem geschichtlichen Hinweis der Bodenreformfrage in allen Kulturländern. Die Bodenreform erscheint ihm nicht als die Lösung des sozialen Problems in dem Sinne, als ob nach ihrer Durchführung niemand mehr etwas zu erhoffen, zu verbessern, zu erkämpfen hätte, sondern allein in dem Sinne, daß sie die unentbehrliche Voraussetzung jeder wahrhaft organischen Entwicklung der Lebenshaltung unseres ganzen Volles bedeutet.

**Haus — Garten — Feld.** Zeitschrift für Obst- und Gartenbau nebst den Beblättern „Tierzüchter und Tierfreund“. Stuttgart Franck'sche Verlagsbuchhandlung. Preis vierteljährlich M. 1. Pilze dürfen bei den steigenden Bodensmittelpreisen in diesem Jahre sicher noch mehr als in dem vergangenen gesammelt werden. Allgemein herrscht aber auf diesem Gebiete noch eine große Unkenntnis. Es sollte daher in dieser Beziehung durch entsprechende Belehrung, durch volkstümliche Schilderungen mehr gefan- werben. Darauf ist es zu begrüßen, daß in den uns vorliegenden Heften 9 bis 12 der bekannte Zeitschrift „Haus, Garten, Feld“ eine Reihe von Aufsätzen zu finden ist, die anschauliche Beschreibungen nebst deutlichen, erklärenden Abbildungen der Blattpilze bringen, wodurch nicht nur der Anfänger gute Belehrung findet, sondern auch der fortgeschrittenen Pilzsammler manchen Anhaltpunkt zur Erweiterung seiner Kenntnisse empfangen dürfte. Aber auch der Garten- und Tierfreund wird bei dieser Zeitung auf seine Rechnung kommen, da Gartenbau und Kleintierzucht den Hauptinhalt von „Haus, Garten, Feld“ ausmachen.

## Sterbetafel.

Berlin. Am 2. Juli starb der Kollege Karl Schramm, geb. am 2. Mai 1864 zu Riedorf. — Am 8. Juli starb der Kollege Franz Ohm, geb. am 16. August 1869 zu Berlin.

Danzig. Am 11. Juni starb nach langem Leiden unser Mitglied Johannes Radant im Alter von 88 Jahren.

Dresden. Am 15. Juli starb unser langjähriges, treues Mitglied Otto Berger im Alter von 88 Jahren. Frankfurt a. M. Am 4. Juli starb unser langjähriges, treues Mitglied, der Lackierer Josef Rosi, im Alter von 89 Jahren an den Folgen eines beim Heeresdienst zugefügten Leidens.

*Ches ihrem Andenken!*

## Vereinstell.

**Bericht der Hauptklasse vom 15. bis 20. Juli.** Eingesandt haben: Berlin M. 500, München 700, Grimmitzschau 80, Gotha 7, Danzig 200, Frankfurt a. M. 507, Rostock 224, 52, Wiesbaden 665, 06, Mainz 500, Königsberg 150, Brügge 100, Rathenow 20, 45, Heidelberg 600, Cassel 200.

**Die Woche vom 28. Juli bis 3. August ist die 31. Beitragswoche.** H. Wenzler, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 29 des „Correspondenzblattes“ bei.

## Befreiung der Bleivergilzung im Maler- u. Lackierergewerbe

Erschienen im Selbstverlag des Berbands. Ladenpreis der Broschüre M. 1. Mitglieder erhalten Vorzugspreis.

### Malerleim.

Ohne Besugsschein.

Unentbehrlich als Farbbindemittel und als Tapetenkleister. Muster gegen 30 Pf. und Probenheimer. Grindbaum & Co., Erfurt.